

**Postulat Fraktion SP (Gisela Vollmer/Benno Frauchiger) vom 17. März 2016:
Einseitige Stadtentwicklung: Immer grösserer Arbeitsplatzüberhang anstatt
Wohnungen (2016.SR.000067)**

An der Stadtratssitzung vom 8. November 2018 wurde das folgende Postulat Fraktion SP erheblich erklärt:

Nutzungsveränderungen im STEK

Im Jahr 1995 wurden in der Stadt Bern 133'343 EinwohnerInnen und 148'666 Beschäftigte ausgewiesen. Während das STEK95 langfristig noch von einem Wachstum auf 154'430 EinwohnerInnen und 178'101 Arbeitsplätze ausging, geht das STEK15 nun von einem Zuwachs auf 155'000 EinwohnerInnen und 205'000 Arbeitsplätze bis 2030 aus. Während die Prognosen für die Bevölkerungszahl konstant geblieben sind, sollen in der Stadt Bern gegenüber STEK95 zusätzlich 27'000 Arbeitsplätze (AP) entstehen. Im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept 2. Generation (RGSK II) sind hierfür bereits die Flächen ausgewiesen.

Diese Planungsansätze führen zur Verdrängung und zu hohen Kosten für die Wohnbevölkerung

Die prognostizierten 205'000 AP haben an räumlich wichtigen Orten einen hohen Flächenkonsum¹ und wie aus den Steuereinnahmen der letzten Jahren erkennbar ist, nehmen die Steuereinnahmen² insgesamt damit eher ab, während die Pendlerströme mit diesem wachsenden Angebot an Arbeitsplätzen zunehmen werden.

Veränderungen von Einnahmen und Infrastrukturkosten

Dies bedeutet, dass auch die Infrastrukturkosten für die Wohnbevölkerung steigen. Wobei diese Infrastruktur auf Grund der Nutzungsentmischung zu hohen Spitzen und grossen Leerzeiten führt. Aufgrund des zunehmenden Arbeitsplatzüberhangs steigen somit einerseits die Infrastrukturkosten für die Wohnbevölkerung, andererseits nimmt der Druck auf die Immobilienpreise in der Stadt Bern zu.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat auf,

1. in einem Bericht aufzuzeigen, welche Wirkung die im STEK15 angestrebte Entwicklungen der Bevölkerungszahl und der Zahl der Arbeitsplätze auf die Immobilienpreise/Marktmieten, auf die Infrastrukturkosten, auf die Steuereinnahmen und auf die Abgeltungen der Zentrumslasten im innerkantonalen Finanzausgleich hat und
2. dabei in einer Flächenbilanz der 2006 eingeführten Zone D darzulegen: wo, wie viele Flächen (in Quadratmeter BGF) realisiert wurden und den Anteil des Wohnungsbaus aufzuzeigen
3. mit einem schweizweiten Gemeindevergleich aufzuzeigen, welcher Zusammenhang zwischen einem Arbeitsplatzüberschuss und der Besteuerung der Wohnbevölkerung besteht.

Bern, 17. März 2016

Erstunterzeichnende: Gisela Vollmer, Benno Frauchiger

Mitunterzeichnende: Martin Krebs, Lukas Meier, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Nadja Kehrli-Feldmann, Ingrid Kissling-Näf, Lena Sorg, Bettina Stüssi

¹ Arbeitsplatzstandorte: Stadtzentrum, ESP Ausserholligen, ESP Wankdorf; Wohnstandorte eher an den Stadträndern (Brünnen, Viererfeld).

² Die Steuereinnahmen 2014 betragen 319,4 Mio. CHF von 138'410 natürliche Personen (2013 = 313,9 Mio. CHF) und 75,1 Mio. CHF von 185'980 AP/juristische Personen (2013 = 75,9 Mio. CHF).

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass ein wachsender Überhang an Arbeitsplätzen gegenüber der Bevölkerungszahl keine nachhaltige Entwicklungsperspektive für die Stadt Bern darstellt. Mit dem Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 und der städtischen Wohnstrategie hat der Gemeinderat die Grundlage für eine verstärkte Wohnstadt-Politik geschaffen, mit dem Ziel eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Arbeitsplatz- und Wohnangebot. Damit sollen eine Reduktion der Pendlerströme und des daraus resultierenden Investitionsbedarfs, insbesondere in Verkehrsinfrastrukturen, erfolgen, sowie negative steuerliche Auswirkungen verhindert werden.

Das vorliegende Postulat wurde vor der Verabschiedung des Stadtentwicklungskonzepts STEK 2016 eingereicht. Mit dem im STEK 2016 festgesetzten Entwicklungszielen hat sich die im parlamentarischen Vorstoss aufgezeigte Ausgangslage grundlegend verändert.

Das STEK 95 ging von einer deutlich stärkeren Zunahme der Arbeitsplätze (Beschäftigte) im Vergleich zur Bevölkerung aus:

<u>STEK 95</u>	Referenzwert 1995	Zielwert langfristig	Absolutes Wachstum	Relatives Wachstum in %
Einwohner/innen (E)	131 046	154 430	23 384	17.8
Beschäftigte (B) gemäss BZ	144 475	178 101	33 626	23.3
Verhältnis E/B	0.91	0.87		

BZ = Eidgenössische Betriebszählung (siehe Ausführungen weiter unten)

Das aktuelle Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 hingegen hat zum Ziel, dass sich die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Zahl der Beschäftigten angleicht. Dabei gilt es zu beachten, dass das Bundesamt für Statistik die Beschäftigtenzahlen seit 2011 in einer neuen Methodik erhebt. Die bis dahin alle drei bis vier Jahre durchgeführte Eidgenössische Betriebszählung (BZ) wurde durch die jährliche Statistik der Unternehmensstruktur *STATENT* abgelöst. Bei der *STATENT* liegen die angewandten Schwellenkriterien für die statistische Erfassung tiefer. Folglich finden deutlich mehr Beschäftigte Berücksichtigung, was die direkte Vergleichbarkeit mit den Zahlen der BZ verunmöglicht³. Um dennoch einen Vergleich zu ermöglichen, wurden in der nachfolgenden Tabelle die Beschäftigtenzahlen der *STATENT* annäherungsweise gemäss Methodik BZ geschätzt:

<u>STEK 2016</u>	Referenzwert 2015	Zielwert 2030	Absolutes Wachstum	Relatives Wachstum in %
Einwohner/innen (E)	140 567	157 000	16 433	11.7
Beschäftigte (B ₁) gemäss <i>STATENT</i>	184 891	200 000	15 109	8.2
Beschäftigte (B ₂) geschätzt gemäss Methodik BZ	157 517	170 389	12 872	8.2
Verhältnis E/B ₂	0.89	0.92		

BZ = Eidgenössische Betriebszählung. STATENT = Jährliche Statistik der Unternehmensstruktur.

³ Vgl. dazu Bericht Statistik Stadt Bern (2018): Von der Betriebszählung zur Statistik der Unternehmensstruktur

Die Zahlen zeigen, dass mit der Umsetzung des STEK 2016 mittel- bis langfristig ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Zahl der Arbeitsplätze und der Einwohnerinnen und Einwohner erreicht werden soll. Diese Zielsetzung findet bereits Niederschlag in den aktuellen grösseren Areal- und Gebietsentwicklungen: So liegt beispielsweise in den Planungen Viererfeld oder Weyermannshaus West der Schwerpunkt bei Wohnnutzungen. Der Gemeinderat setzt sich zudem dafür ein, dass die kantonalen Entwicklungsschwerpunkte (ESP) Ausserholligen und Wankdorf, in denen Arbeitsplätze konzentriert angesiedelt werden sollen, in Teilen als Wohnstandort positioniert werden. Auch in zukünftigen Entwicklungsarealen (z.B. Chantier Bethlehem West, Gaswerkareal, Zieglerspital) sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass ein Grossteil der Nutzungspotenziale für zusätzlichen Wohnraum zur Verfügung stehen.

Die Forderungen des Postulats basieren auf unterdessen überholten Strategiedokumenten. Vor dem Hintergrund der veränderten Zielsetzung gemäss STEK 2016 und der eingeleiteten Anstrengungen zur Stärkung der Wohnstadt Bern, u.a. mit der Wohnstrategie, verzichtet der Gemeinderat auf die im Postulat geforderte aufwändige Analyse der Auswirkungen eines zunehmenden Arbeitsplatzüberhangs.

Folgen für das Personal und Finanzen

Keine.

Bern, 21. August 2019

Der Gemeinderat